

## A1 Präambel

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-  
Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

### Antragstext

#### 1 Präambel

2 Junge Menschen stehen vor großen Herausforderungen, die ihre Zukunft unmittelbar  
3 beeinflussen. Studien wie die Shell Jugendstudie und die SINUS-Studie 2024  
4 zeigen klar, dass die Sorgen der jungen Generation so vielfältig sind wie ihre  
5 Lebensrealitäten. Angst vor Krieg in Europa, Klimawandel, soziale Ungleichheit,  
6 hohe Lebenshaltungskosten, wirtschaftliche Unsicherheit und gesellschaftlicher  
7 Zusammenhalt – all diese Themen bewegen junge Menschen besonders und prägen ihre  
8 Erwartungen an die Politik.

9 Doch trotz ihrer Sorgen fühlen sich viele Jugendliche in politischen Prozessen  
10 nicht ernst genommen. Ihre Anliegen werden oft überhört oder nicht ausreichend  
11 berücksichtigt. Dies führt zwar zu einer wachsenden Politisierung, aber auch zu  
12 wachsender Frustration und einem Rückzug aus dem politischen Engagement – viele  
13 erwarten Lösungen, glauben aber nicht mehr daran, dass die Politik sie liefern  
14 kann.

15 Gleichzeitig wird deutlich: Junge Menschen interessieren sich nicht nur für  
16 klassische „Jugendthemen“, sondern für eine breite Palette an politischen  
17 Fragen. Eine glaubhafte Politik für die junge Generation muss sie als  
18 gleichberechtigte Akteur\*innen in allen Bereichen ernst nehmen, ihnen echte  
19 Mitspracherechte einräumen und sie aktiv in Entscheidungsprozesse einbinden –  
20 von der Kompromissfindung bis hin zur Ergebnisverkündung.

21 Diese 10 Themen setzen genau dort an: Sie greifen die wichtigsten Themen auf,  
22 die junge Menschen als zentral bewerten oder die Lebensrealität von jungen  
23 Menschen besonders beeinflussen – von einer krisenfesten Gesellschaft über  
24 Klimaschutz und soziale Sicherheit bis hin zu fairen Bildungschancen und echter  
25 Jugendbeteiligung. Sie sind ein klarer Aufruf dafür, dass die Anliegen der  
26 jungen Generation nicht nur gehört, sondern in konkrete politische Maßnahmen  
27 überführt werden müssen. Denn eine Gesellschaft, die ihre Jugend stärkt,  
28 investiert in ihre eigene Zukunft.

- 29 Unsere 10 Themen  
30 1. NATÜRLICHE LEBENSGRUNDLAGEN BEWAHREN  
31 2. MENTALE GESUNDHEIT STÄRKEN  
32 EIN ZUKUNFTSFÄHIGES GESUNDHEITSSYSTEM FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG  
33 3. WOHNUNGSLOSIGKEIT UND MIETWUCHER BEENDEN  
34 4. BILDUNGSGERECHTIGKEIT FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG  
35 5. KLIMAFREUNDLICHE UND BEZAHLBARE MOBILITÄT FÜR ALLE  
36 6. FAIREN EINSTIEG INS BERUFSLEBEN GEWÄHRLEISTEN  
37 7. EINE GERECHTE UND SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT GESTALTEN  
38 8. QUEERFEMINISMUS UMSETZEN  
39 GLEICHBERECHTIGUNG IN ALLEN LEBENSBEREICHEN  
40 9. KRISENSICHERHEIT GARANTIEREN  
41 10. EHRENAMT STÄRKEN

## A2 1. Natürliche Lebensgrundlagen bewahren

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-  
Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)  
Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

### Antragstext

1 Junge Menschen brauchen nicht nur eine intakte Natur, sondern einen gesunden  
2 Planeten, auf dem es sich gut und sicher leben lässt. Ein wichtiger Bereich ist  
3 dabei der Gebäudebestand: Deshalb fordern wir **ein Sanierungssprintprogramm für**  
4 **Mehrparteienhäuser**, verbunden mit dem Einsatz auf Bundesebene, Sanierungen aus  
5 der Modernisierungsumlage auszunehmen und zu dem Prinzip der  
6 Warmmietenneutralität zu kommen. So wollen wir CO<sub>2</sub>-Emissionen im Gebäudebestand  
7 schnell senken und Mieter\*innen entlasten. Die **Holzbauweise soll bei**  
8 **öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt** werden, wobei darauf zu achten ist, dass  
9 das Holz regional und nachhaltig erwirtschaftet wurde.

10 **Flächenfraß vermeiden: Bis 2035 soll der Netto-Null-Flächenverbrauch erreicht**  
11 **und alte Industriebrachen begrünt oder umgewidmet** werden. Altlasten auf  
12 ehemaligen Industrieflächen sollen untersucht und deren Beseitigung gefördert  
13 werden. Abriss muss eingedämmt, Sanierung gegenüber Neubau bevorzugt werden.  
14 Deswegen wird bei allen **landeseigenen Neubauprojekten ihre Unvermeidbarkeit**  
15 **überprüft. Aufstockungen und Nachverdichtungen** müssen gefördert werden.

16 Ein **Landesinvestitionsfond** soll den Ausbau kommunaler Wärmenetze und -produktion  
17 vorantreiben, während „**Sprinterprämien**“ den schnellen Ausbau fördern. Damit alle  
18 von der Wärmewende profitieren, braucht es zudem **kostenlose Energie- und**  
19 **Sanierungsberatungen und sozial gestaffelte Förderprogramme für private**  
20 **Sanierungen**. Ein **Landeskonzept für die schrittweise Stilllegung und den Rückbau**  
21 **von Erdgasnetzen** soll gemeinsam mit den Netzbetreibern erarbeitet werden und den  
22 Umstieg langfristig vervollständigen. **Umwelt- und industrielle Wärmequellen** wie  
23 Geothermie, Flusswärme und industrielle Abwärme müssen systematisch erfasst und  
24 in die Wärmeplanung integriert werden. Potenziale der Solarthermie sollen dabei  
25 geprüft und ebenfalls in die Wärmepläne integriert werden. **Quartierspeicher**  
26 **müssen gezielt unterstützt** werden, um Wärme lokal effizient zu speichern, und  
27 Verteilnetzbetreiber müssen dazu berechtigt werden, entsprechende  
28 Energiespeicher zu betreiben. **Landesbürgschaften** erleichtern die Finanzierung  
29 kommunaler Projekte, und **Förderprogramme** helfen Verteilnetzbetreibern beim  
30 **Netzausbau**, um überall einen Wärmepumpen Einbau zu ermöglichen.

31 Die Energieversorgung der Zukunft braucht klare Maßnahmen: Deshalb müssen wir  
32 **Agri-Photovoltaik ausbauen, Genehmigungsverfahren beschleunigen und die**  
33 **Akzeptanz bei Landwirt\*innen erhöhen.** Darüber Hinaus müssen wir die  
34 **Tiefengeothermie stärken und fossile Brennstoffe bis 2040 bei Endkund\*innen**  
35 **überflüssig machen.** Standortkommunen müssen über eine **verpflichtende Abgabe von**  
36 **mindestens 0,2 Cent** pro Kilowattstunde an Windkraftprojekten beteiligt werden  
37 und Bürger\*innen, wo möglich, durch **Beteiligungsmodelle an Erneuerbaren**  
38 **Energieprojekten** profitieren. Um Flächen effektiver zu nutzen, sollen eine  
39 **Flächenbörse für erneuerbare Energien und kommunales Flächenpooling** eingeführt  
40 werden. Die **Pensionsrücklagen des Landes** sollen in einen Fond umgeschichtet  
41 werden, der in kommunale Energiewende-Projekte investiert.

42 **Klimaschutz muss als kommunale Pflichtaufgabe** festgeschrieben und  
43 **klimaschädliche Vorhaben** durch einen Klimavorbehalt für sämtliche  
44 Landesförderprogramme grundsätzlich unterlassen werden. Der  
45 **Klimasachverständigenrat soll in seinen Aufgaben gestärkt** und ein **CO2-Restbudget**  
46 auf Landesebene mit verpflichtenden Reduktionspfaden rechtlich festgelegt werden.  
47 Die landeseigenen **Unternehmen der Energieerzeugung und der Netzbereitstellung**  
48 sollen voneinander getrennt und die **fehlenden Anteile der**  
49 **landeseigenen Netzbetreiber gänzlich aufgekauft** werden.

50 Junge Menschen brauchen neben einem stabilen Klima für eine lebenswerte Zukunft  
51 auch sauberes Wasser, gesunde Böden und eine intakte Natur. Deshalb fordern wir  
52 **konsequente Umsetzung und Ausweitung von Artenhilfsprogrammen, die schnellere**  
53 **Renaturierung von Mooren und Gewässern sowie den Ausbau und die Vernetzung von**  
54 **Biotopverbänden,** um bedrohte Ökosysteme zu schützen. Die Baumförderung von  
55 **Streuobstwiesen muss verdoppelt werden, nachhaltige Landwirtschaft und**  
56 **Erosionsschutzmaßnahmen** müssen ausgeweitet werden, um langfristige  
57 Bodengesundheit zu sichern. Das Konzept des **Freiwilligen Ökologischen Jahrs**  
58 wollen wir stärken und die Arbeitsbedingung der Absolvent\*innen verbessern.

59 Für eine bessere Mülltrennung und zur Entlastung der Bürger\*innen muss **Biomüll**  
60 **kostenlos und verpflichtend** werden. Wir fordern zudem eine **flächendeckende**  
61 **Umstellung auf nachhaltige Waldwirtschaft,** die Monokulturen abbaut und naturnahe  
62 Dauerwälder stärkt. Hierzu sollen sich **mindestens 10% der Waldfläche in**  
63 **zusammenhängenden Flächen ohne menschlichen Einfluss** entwickeln können.

64 Die Landwirtschaft muss nachhaltiger werden: **Bis 2030 sollen Pestizide um die**  
65 **Hälfte reduziert, Biomusterregionen verdoppelt und Lebensmittelverluste in der**  
66 **gesamten Lieferkette halbiert** werden. Öffentliche Kantinen sollen bis 2030  
67 mindestens **zur Hälfte Bio- und regionale Lebensmittel** und eine pflanzliche  
68 Option anbieten. Die Subventionierung öffentlicher Mensen muss stärker auf  
69 **fleischfreie Ernährung** ausgerichtet werden. Landwirt\*innen müssen beim  
70 Artenschutz und der Umstellung auf **klimafreundliche Bewirtschaftung** finanziell  
71 unterstützt werden. Besonders junge Landwirt\*innen müssen bei der Übernahme  
72

73 eines Hofes und einer möglichen Umstellung auf klimafreundliche Bewirtschaftung  
74 gefördert werden. **Anreize für den Naturschutz in der Landwirtschaft** sollen  
75 gestärkt und die Anbindehaltung bis spätestens 2030 überwunden werden. Eine  
76 gesetzliche Grundlage für eine Weiterbildung im Bereich Agrarpädagogik soll  
geschaffen werden.

77 Flüsse brauchen mehr Raum, um wertvolle Lebensräume zu bilden. Hierfür sollen  
78 **Auenlandschaften geschaffen** werden, die gleichzeitig dem Hochwasserschutz  
79 dienen. Der Schutz unserer natürlichen Ressourcen ist eine Zukunftsfrage – wir  
80 müssen jetzt handeln, um kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu  
81 sichern!

## **A3 2. Mentale Gesundheit stärken – Ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem für Baden-Württemberg**

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

### **Antragstext**

1 Die mentale Gesundheit von jungen Menschen verschlechtert sich zunehmend. Viele  
2 junge Menschen leiden unter psychischen Herausforderungen. Das Land muss dieses  
3 Problem ernst nehmen und die mentale Gesundheit junger Menschen in der  
4 Gesellschaft deutlich verbessern. Dafür braucht es den schnellen **Ausbau**  
5 **ambulanter und stationärer Therapieangebote** durch die gezielte Förderung von  
6 Einrichtungen in Landeszuständigkeit. **Psychosoziale Notfalldienste** müssen  
7 landesweit rund um die Uhr erreichbar sein, insbesondere für junge Menschen in  
8 akuten Notsituationen. **Schulen und Hochschulen sowie Kindergärten sollen**  
9 **verpflichtend Konzepte** zur Förderung der mentalen Gesundheit auflegen und  
10 umsetzen, etwa durch **Schulpsychologinnen und Stresspräventionsprogramme**. Zudem  
11 müssen **Jugendzentren und Freizeiteinrichtungen gestärkt** und das entsprechende  
12 Personal auf psychische Herausforderungen der jungen Menschen vorbereitet  
13 werden, um sichere Rückzugsorte und Unterstützungsangebote im Alltag zu  
14 schaffen.

15 Darüber hinaus müssen Übergangsstellen wie **psychosoziale Beratungsstellen und**  
16 **Sucht- sowie Suizidpräventionsstellen** vom Land ausgebaut werden. Um das Stadt-  
17 Land-Gefälle zu verringern, sollten **bezuschusste Therapieangebote in ländlichen**  
18 **Regionen** eingeführt werden. Die **Jugendpsychiatrie muss gestärkt** und  
19 unterbezahlte Jugendtherapien besser finanziert werden, beispielsweise durch die  
20 Investition in landeseigene Einrichtungen. Ein **Landesbeirat für psychische**  
21 **Gesundheit** soll die bestehenden Bedarfe direkt einbringen können und auch bei  
22 der Entwicklung einer **landesweiten Strategie gegen Einsamkeit** unterstützen.  
23 Schließlich ist auch eine **umfassende gesellschaftliche Aufklärung** notwendig, um  
24 die Stigmatisierung psychischer Erkrankungen zu überwinden und die mentale  
25 Gesundheit als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung auf politischer  
26 Ebene stärker zu verankern. Angehende Beamt\*innen sollen durch die Zuhilfenahme  
27 von therapeutischen Angeboten nicht benachteiligt werden oder sogar ihre  
28 Verbeamtung gefährden. Gerade in psychisch belastenden Berufen, wie dem  
29 Polizeidienst, sollten Beamt\*innen psychosoziale Beratungsangebote vom ersten  
30 Tag ihrer Ausbildung an zur Verfügung stehen.

31 Das Land soll für Notfälle gemeinsam mit den Kommunen Konzepte zur **Versorgung**  
32 **mit Seelsorger\*innen** im öffentlichen Raum entwickeln und umsetzen. Besonders  
33 **vulnerable Gruppen wie Geflüchtete, Alleinerziehende oder LGBTQIA+ Personen**  
34 **benötigen spezifische Unterstützungsangebote**, um ihre mentale Gesundheit  
35 nachhaltig zu stärken. Hierfür sollen gesonderte Angebote geschaffen werden.

36 Für eine bessere allgemeine Gesundheitsversorgung müssen **geschlechtsspezifische**  
37 **Unterschiede in Krankheitsverläufen** in die Gesundheitsstrategie des Landes  
38 einbezogen und durch gezielte Forschung besser adressiert werden. In der  
39 medizinischen Ausbildung fehlt es oft an flächendeckender Kenntnis zu  
40 Schwangerschaftsabbrüchen. Es muss sichergestellt werden, dass  
41 Medizinstudierende und angehende Ärzt\*innen umfassend zu diesem Thema geschult  
42 werden. Zudem sollen landesweit nach dem Vorbild Heidelbergs **Gewaltambulanzen**  
43 **mit Rechtsmediziner\*innen** für Vergewaltigungsoffer zur Beweissicherung  
44 eingerichtet werden. **Beratungsangebote für Schwangerschaftsabbrüche** sollen  
45 landesweit flächendeckend zur Verfügung gestellt werden. Die **Forschung zu ME/CFS**  
46 muss ausgebaut und der Kenntnisstand der Forschung effektiver in die Fläche  
47 getragen werden. Hierzu muss das Land die **Sensibilisierung und Schulung der**  
48 **Pflegekräfte und Ärzt\*innen** stärker vorantreiben.

49 Gleichzeitig muss die **Arbeit von Pflegekräften** endlich angemessen entlohnt  
50 werden, um den Beruf attraktiver zu machen und der **Personalnot in**  
51 **Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen** entgegenzuwirken. So muss das Land endlich  
52 die bundesgesetzlich geregelte **Personalbemessung und deren Einhaltung**  
53 sicherstellen. Darüber hinaus muss das Land bei **Ausbildung und Qualifizierung**  
54 einen besseren **Einstieg in die Ausbildung zur Fachkraft** ermöglichen und  
55 **anfallende Investitionskosten bei Pflegeeinrichtungen** übernehmen.

### **A4 3. Wohnungslosigkeit und Mietwucher beenden**

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

#### **Antragstext**

1 Junge Menschen brauchen eine Gesellschaft, die soziale Sicherheit garantiert und  
2 Wohnraum für alle bezahlbar macht, denn gerade bei jungen Menschen ist  
3 Wohnungslosigkeit ein großes Problem. Deshalb fordern wir die Gründung und  
4 finanzielle Ausstattung einer **gemeinnützigen landeseigenen**  
5 **Wohnungsbaugesellschaft**, die gezielt Sozialwohnungen schafft, sowie eine  
6 jährliche **Bauquote von mindestens 14.000 neuen Sozialwohnungen im Land**. Die  
7 entsprechende **Sozialbindung** soll vom Land dauerhaft festgeschrieben werden,  
8 solange die Wohngemeinnützigkeit nicht wieder eingeführt ist.

9 Die Förderungen für **Azubi-Wohnen und Werkwohnungen** müssen finanziell besser und  
10 langfristiger ausgestattet werden und in einen eigenen Fördertopf mit separater  
11 Förderrichtlinie, am Beispiel des Studierendenwohnens, umgeschichtet  
12 werden. Darüber hinaus müssen die verfügbaren Mittel stärker an die Unternehmen  
13 herangetragen und bekannter gemacht werden. **Studierendenwohnen** muss ebenfalls  
14 mit ausreichend finanziellen Mitteln versehen werden. Hierfür sollte sich das  
15 Land das Ziel setzen, bis 2030 **30% der Studierenden in Baden-Württemberg einen**  
16 **Wohnheimplatz** anbieten zu können.

17 Um Mieten bezahlbar zu halten, muss das Land sich auf Bundesebene für eine  
18 **Verschärfung der Mietpreisbremse und gegen die Umgehungen durch Kurzzeitmieten**  
19 **oder Möblierung** starkmachen. **Leerstand muss durch ein von Landesebene**  
20 **festgelegtes Zweckentfremungsverbot** und durch finanzielle Unterstützung der  
21 Kommunen bei der **Verfolgung von Mietpreisüberhöhungen** bekämpft werden.  
22 **Spekulativer Wohnraumleerstand muss verhindert** und die **Umwandlung von Miet- in**  
23 **Eigentumswohnungen strenger reguliert** und langfristiger festgeschrieben werden,  
24 um Mieter\*innen besser zu schützen. Der **Stellplatzschlüssel für Kraftfahrzeuge**  
25 soll umgehend abgeschafft werden.

26 Das Land Baden-Württemberg soll Konzepte fördern, die **Wohnquartiere als offene**  
27 **Orte der Begegnung** schaffen und generationenübergreifendes Wohnen forcieren, um  
28 sozialen Zusammenhalt und **Nachbarschaftshilfe zu stärken**. Es braucht eine  
29 feministische Raumplanung, die beispielsweise **Wohnkontingente für**



30 **Alleinerziehende, Housing First Ansätze und Second Stage Housing** flächendeckend  
31 **fördert und Rückzugsräume für Frauen, Trans-, Inter- und nonbinäre Menschen** in  
32 öffentlichen Einrichtungen wie beispielsweise Bahnhöfen mitdenkt.  
33 Stadtplanerische Maßnahmen, die gegen gesellschaftliche Gruppen gehen, wie  
34 beispielsweise **“anti homeless architecture”**, müssen untersagt werden. Ein  
35 gezieltes Förderprogramm wie nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine für  
36 **Wohnraumprojekte für geflüchtete Menschen** soll wiederaufgelegt werden, um  
37 dringend benötigten Wohnraum bereitzustellen. Denn wir brauchen dringend  
38 bezahlbaren Wohnraum für alle!

## A5 4. Bildungsgerechtigkeit für Baden-Württemberg

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

### Antragstext

1 Gerade das Bildungssystem betrifft viele junge Menschen jeden Tag. Deshalb  
2 brauchen wir ein Bildungssystem, das junge Menschen unabhängig von sozialer  
3 Herkunft, finanzieller Situation oder Wohnort fördert. Aus diesem Grund fordern  
4 wir gut ausgestattete Schulen, ausgebildete Lehrkräfte und Lehrpläne, die auf  
5 die Realität angepasst sind.

6 Dazu gehören für uns **verpflichtende Fortbildungstage für Lehrkräfte**, die diese  
7 regelmäßig in Digitalisierung, Demokratiebildung, Sonderpädagogik und mentaler  
8 Gesundheit schulen. Dabei ist darauf zu achten, dass diese Fortbildungen nicht  
9 zu einer zusätzlichen Belastung werden. Das Lehramtsstudium muss attraktiver und  
10 gerechter gestaltet werden. Alle Lehrkräfte, egal welcher Schulart, sollen  
11 gleichwertig und gerecht bezahlt und alle **Lehramtsstudiengänge gleichgestellt**  
12 werden, um den Beruf attraktiver zu machen. So müssen bspw. Grundschullehrkräfte  
13 in die Entgeltstufe E13 eingestuft werden. **Kriterienkataloge für**  
14 **Referendariatsprüfungen** sollen als Standard festgelegt werden, um eine  
15 willkürliche Notenvergabe zu verhindern. Bei Referendariaten müssen Studierende  
16 durch sehr kurzfristige Ortszuteilungen in kurzer Zeit ein komplett neues  
17 Lebensumfeld aufbauen. Um das zu vereinfachen, muss es zum einen **mindestens zwei**  
18 **flexible Einstiegstermine für das Referendariat** geben, die an das Semesterende  
19 angepasst sind und zum anderen müssen Mitteilungen mindestens sechs Monate im  
20 Voraus erfolgen. Zudem muss bei der Standortwahl das persönliche Interesse der  
21 Bewerber\*innen berücksichtigt werden, mit einem **Mindestmaß an Mitbestimmung**.

22 Wir setzen uns für eine grundlegende Reform unseres Bildungswesens ein und  
23 fordern dafür eine **Enquete-Kommission Bildung** einzusetzen. Zudem stehen wir in  
24 einem Übergangszeitraum für eine **längere gemeinsame Schulzeit bis Klasse 6** und  
25 die **Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung**, um allen Kindern mehr  
26 Zeit für ihre Entwicklung zu geben und Leistungsdruck zu reduzieren. Die  
27 **Berufsorientierung** sollte in Schulen deutlich gestärkt werden und Lehrkräfte,  
28 gerade durch entsprechende Fortbildung, bei der Umsetzung des Schulfachs  
29 "Wirtschaft / Berufs- und Studienorientierung" unterstützt werden. So sollen  
30 beispielsweise **Fortbildungsangebote im Handwerk und in der Landwirtschaft** für  
31 alle Arten von Lehrkräften ausgebaut werden, um den Wert des Handwerks und der

32 Landwirtschaft an die Lehrenden zu übermitteln. Programme wie **“Lernort**  
33 **Bauernhof”** sollen gestärkt und bekannter werden.

34 Bildungschancen dürfen nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Wir  
35 fordern **kostenlose Schulmaterialien, also Lernmittelfreiheit für alle, eine**  
36 **flächendeckende Einführung von kostenfreien Schulspinden und kostenlose,**  
37 **pflanzliche, saisonale und regionale Verpflegung in Schulumens.** Zusätzlich  
38 müssen alle **Schüler\*innen Zugang zu digitalen Endgeräten** und schnellem Internet  
39 haben, unabhängig von der finanziellen Lage der Familie. **Schulsozialarbeit** muss  
40 zur **kommunalen Pflichtaufgabe** mit finanzieller Unterstützung durch das Land  
41 werden und auch für Lehrkräfte und angehende Lehrkräfte zugänglich sein, um  
42 Chancengleichheit in schwierigen Lebenslagen zu sichern.

43 Im frühkindlichen Bereich fordern wir **einkommensabhängige KiTa-Gebühren,** eine  
44 **garantierte kostenlose, pflanzliche, saisonale und regionale Mahlzeit pro Tag**  
45 für jedes Kind sowie **Sprachförderung bereits in der frühen Bildung.** Bildung darf  
46 nicht vom Zufall abhängen – wir brauchen ein starkes, gerechtes und modernes  
47 Bildungssystem für alle!

## **A6 5. Klimafreundliche und bezahlbare Mobilität für alle**

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-  
Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)  
Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

### **Antragstext**

1 Junge Menschen brauchen eine nachhaltige, günstige und verlässliche Mobilität –  
2 egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Deshalb fordern wir **die konsequente**  
3 **Umsetzung eines eng getakteten Öffentlichen Personennahverkehrs von 6 bis 24**  
4 **Uhr:** In den Ballungsräumen mit einem 30-Minuten-Takt und in der  
5 Hauptverkehrszeit mit einem mindestens 15-Minuten-Takt und einem 60-Minuten-Takt  
6 im ländlichen Raum bzw. in den Hauptverkehrszeiten im ländlichen Raum mit einem  
7 mindestens 30-Minuten-Takt. Zusätzlich soll der **On-Demand-Verkehr über alle**  
8 **Landkreise hinweg gestärkt** werden. Dafür müssen Nutzungshürden abgebaut,  
9 landesweite Angebote auf einer Plattform gebündelt und die Vernetzung mit der  
10 Bus- und Taxibranche verbessert werden.

11 **Des Weiteren fordern wir vergünstigte oder kostenfreie Deutschlandtickets für**  
12 **Ehrenamtliche, Menschen die im Dienste der Öffentlichkeit stehen und junge**  
13 **Menschen.** Zudem sollen alle Menschen die einmalige Möglichkeit erhalten, ein  
14 Jahresabo des Deutschlandtickets im **Austausch gegen die einjährige Abgabe des**  
15 **Führerscheins** zu erwerben, um den Umstieg auf den ÖPNV zu erleichtern. Der  
16 **Mobilitätspass muss um die Arbeitgeber\*innenabgabe und die City-Maut** erweitert  
17 werden.

18 Radfahren und der Fußverkehr müssen sicherer werden – mit langfristig  
19 verpflichtenden **baulich getrennten Radwegen und Gehwegen. Radschnellwege** sollen  
20 weiter gefördert und ausgebaut werden. **Bürgerbusse** sollen im ländlichen Raum  
21 eine echte Alternative sein und müssen stärker etabliert werden. Maßnahmen und  
22 Förderungen, um **Car-Sharing** flächendeckend in jeder Kommune in Baden-Württemberg  
23 anzubieten, sollten getroffen werden. Darüber hinaus muss **Car- und Bikesharing**  
24 **auch für Menschen mit Behinderung** zugänglicher werden, beispielsweise durch  
25 Autos mit Handgas oder Handbikes.

26 Kurzstreckenflüge müssen durch **schnelle, günstige Bahnverbindungen** ersetzt und  
27 die **Subventionierung der Regionalflughäfen** umgehend beendet werden. Es gilt ein  
28 **Straßenbaumoratorium** einzuführen und Straßenneu- und Ausbau nur mit mindestens  
29 im gleichen Umfang stattfindender Entsiegelung von Flächen umzusetzen. Das Land

30 soll sich zudem auf Bundesebene für **Tempo 30 innerorts** einsetzen und auf **engen**  
31 **Landstraßen Tempo 80** umsetzen.

32 Städte sollen lebenswerter werden: **Bis 2030 sollen mindestens 20 % der**  
33 **Parkflächen begrünt oder umgewidmet** und **Gehwegparken** bestmöglich zurückgedrängt  
34 werden. Das Land soll den rechtlichen Rahmen für das **Anwohnendenparken** so  
35 anpassen, dass ein angemessener **Mindestpreis** für das Anwohnendenparken  
36 festgelegt wird und preisliche **Staffelungsmöglichkeiten** ausgehend von Größe,  
37 Gewicht oder Emissionswerten des Fahrzeugs rechtlich ermöglicht werden.  
38 **Autofreie Innenstädte** müssen gezielt gefördert werden und Kommunen, die  
39 **Superblocks** oder **Null-Emissions-Zonen** einrichten möchten, sollen vom Land dabei  
40 finanziell unterstützt werden.

## **A7 6. Fairen Einstieg ins Berufsleben gewährleisten**

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

### **Antragstext**

1 Junge Menschen brauchen faire Chancen für einen erfolgreichen Berufsstart –  
2 egal, ob sie sich für eine Ausbildung oder ein Studium entscheiden. Deshalb  
3 fordern wir **die staatliche Übernahme der Gebühren einer Erstausbildung und eine**  
4 **Kostenübernahme für Aus- und Weiterbildungsmaterial**, um Aus- und Weiterbildungen  
5 gerade im Handwerk attraktiver zu machen. Die **Meisterprämie** soll darüber hinaus  
6 erhöht werden und die gesamten Kosten der Meisterausbildung ausgleichen. Die  
7 **Meistergründungsprämie** soll auf 48 Monate ausgeweitet werden, um mehr jungen  
8 Handwerker\*innen die Selbstständigkeit zu ermöglichen. Ein **Freiwilliges**  
9 **Handwerksjahr** soll jungen Menschen die Möglichkeit geben, das Handwerk praktisch  
10 kennenzulernen. Zudem fordern wir, dass Azubis die **gleichen Privilegien wie**  
11 **Studierende** erhalten, wie beispielsweise vergünstigte Eintritte in Kultur- und  
12 Freizeitangebote.

13 Berufliche und akademische Bildung müssen endlich gleichgestellt werden und auch  
14 entsprechend angesehen werden! Deshalb fordern wir verpflichtende **Praktika in**  
15 **Ausbildungsbetrieben oder auf Bauernhöfen** für Schüler\*innen aller Schularten, um  
16 ein Verständnis für die Arbeit im Handwerk zu vermitteln. Anstatt **Berufsschulen**  
17 zu schließen, müssen diese gestärkt und wohnortnah erhalten bleiben. Dies kann  
18 vor allem durch flexiblere und zukunftsgerichtete Klassenteiler erfolgen. Zudem  
19 sollen **Produktionsschulen** eingeführt werden, um jungen Menschen ohne  
20 Schulabschluss bessere Perspektiven zu ermöglichen.

21 Niemand darf wegen finanzieller Hürden von einer Ausbildung abgehalten werden.  
22 Deshalb müssen **Führerscheinkosten für Auszubildende im Handwerk oder in der**  
23 **Landwirtschaft staatlich übernommen, die ÖPNV-Kosten für Azubis erstattet und**  
24 **Wohnheime für Auszubildende stärker gefördert werden**. Wir setzen uns für eine  
25 **Ausbildungsgarantie** ein, die Unternehmen in die Pflicht nimmt, ausreichend  
26 Ausbildungsplätze bereitzustellen. Darüber hinaus muss **die Abschaffung der**  
27 **Studiengebühren für internationale Studierende** endlich erfolgen.

28 Ein fairer Berufseinstieg braucht mehr Flexibilität: **Teilzeitausbildungen im**  
29 **Handwerk müssen ausgebaut, berufsbegleitende Weiterbildungen attraktiver,**

30 **Zweitausbildungen verkürzt und Teilleistungen für Menschen mit Behinderungen**  
31 **zertifiziert werden.** Gerade bei Teilzeitausbildungen braucht es mehr finanzielle  
32 und personelle Kapazitäten. Menschen, die durch den momentan stattfindenden  
33 Stellenabbau ihren Arbeitsplatz verlieren, sollen Umschulungen oder eine  
34 Rückkehr ins Handwerk attraktiv gemacht werden. Zudem sollen Auszubildende  
35 verpflichtend eine **Station beim Betriebsrat** durchlaufen, um ihre Rechte  
36 kennenzulernen. **Lebensarbeitszeitkonten** für Beamt\*innen müssen endlich umgesetzt  
37 werden, um die Arbeitszeit flexibler zu gestalten.

38 Tarifbindung muss endlich konsequent gestärkt werden! Beschäftigte in  
39 tarifgebundenen Unternehmen verdienen in der Regel mehr, und wo nach Tarif  
40 bezahlt wird, sind die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen geringer.  
41 Aktuell verdienen Frauen deutschlandweit 16% weniger als Männer - stärkere  
42 Tarifbindung könnte dazu beitragen, den **Gender Pay Gap** zu verringern und damit  
43 zur Entgeltgerechtigkeit beitragen. Deshalb fordern wir, dass Baden-Württemberg  
44 eine Stärkung des **Landestariftreuegesetz** beschließt. Nach dem Vorbild Nordrhein-  
45 Westfalens soll ein **Lohnatlas** für Baden-Württemberg entwickelt werden, um  
46 geschlechtsspezifische Gehaltsunterschiede sichtbar zu machen und gezielt  
47 Maßnahmen zur Lohngerechtigkeit zu fördern.

## **A8 7. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft gestalten**

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

### **Antragstext**

1 Junge Menschen sehnen sich nach sozialer Absicherung und einem stärkeren  
2 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Soziale Sicherheit heißt, niemanden im Stich zu  
3 lassen. Deshalb fordern wir wirkungsvollere und flächendeckende **Hilfsangebote**  
4 **für Menschen in Armut**, eine verbesserte **Gesundheitsversorgung für Wohnungslose**  
5 und den Ausbau von **Sprachmittlung im Gesundheitswesen**. Tafeln,  
6 Schuldner\*innenberatungen und soziale **Hilfsprojekte müssen finanziell gestärkt**  
7 werden, um Menschen in Not effektiv zu helfen.

8 Für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt müssen **Integrations- und Sprachkurse**  
9 flächendeckend und kostenlos verfügbar sein, **Ausländerbehörden personell besser**  
10 **ausgestattet** und traumatisierte **Menschen mit Fluchtgeschichte umfassend**  
11 **psychologisch unterstützt** werden. Hierfür muss das Land gemeinsam mit dem Bund  
12 die Kommunen umfassend finanziell ausstatten.

13 Die Landespolitik muss sich außerdem für die **Anerkennung geschlechtsspezifischer**  
14 **Verfolgung** als Fluchtgrund auf Bundesebene einsetzen. Solange dies noch nicht  
15 umgesetzt wurde, soll das Land soweit möglich ein **Sonderaufnahmeprogramm**  
16 **Jesid\*innen II** sowie ein **Sonderaufnahmeprogramm für Menschen, die von**  
17 **geschlechtsspezifischer Verfolgung** betroffen sind, auf den Weg bringen.  
18 Aufbauend auf dem Ermessensspielraum von Behörden müssen Abschiebungen von  
19 **Menschen in Arbeitsverhältnissen** ausgesetzt und **Duldungen für 6 anstatt 3 Monate**  
20 ausgegeben werden. **Unabhängige Beratungen zu Möglichkeiten des Aufenthalts**  
21 sollen staatlich besser finanziert und weiter ausgebaut werden. Für **Menschen in**  
22 **der Abschiebehaf** muss ebenfalls ein **Recht auf unabhängige Rechtsberatung** gelten  
23 und **NGOs muss Zugang** gewährt werden. Die Landesregierung muss sich zudem mit  
24 allen ihren Möglichkeiten auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die **zivile**  
25 **Seenotrettung** ihre Arbeit auf dem Mittelmeer fortsetzen kann.

26 Baden-Württemberg braucht ein entschlossenes und dauerhaft finanziertes  
27 Landesprogramm zur **Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und**  
28 **Rechtsextremismus**. Projekte gegen Rassismus, Ableismus, Antisemitismus,  
29 Homophobie, Sexismus sowie die Abwertung von wohnungslosen Menschen müssen aktiv



30 gefördert werden. Zudem ist eine **verlässliche Finanzierung von Initiativen**  
31 **erforderlich**, die sich direkt mit der Bekämpfung rechtsextremer Strukturen  
32 befassen – darunter **Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt** sowie  
33 **Programme für den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene**. Das Land muss klare  
34 Kante gegen menschenfeindliche Ideologien zeigen und den betroffenen  
35 zivilgesellschaftlichen Organisationen langfristige finanzielle Sicherheit  
36 bieten.

37 Gleichzeitig muss eine Stelle für eine\*n **Antirassismus/Integrations-**  
38 **Beauftragte\*n des Landes geschaffen und mit entsprechenden Ressourcen**  
39 **ausgestattet** werden, um strukturelle Diskriminierung effektiv zu bekämpfen und  
40 Betroffene besser zu unterstützen. Nur eine inklusive Gesellschaft, in der alle  
41 Menschen gleichberechtigt teilhaben können, ist eine gerechte Gesellschaft.

42 Es braucht zudem endlich eine echte **Umsetzung der UN-**  
43 **Behindertenrechtskonvention**. Das Land muss **Barrierefreiheit zur verbindlichen**  
44 **Vorgabe in allen öffentlichen Neubauten und Digitalangeboten** machen, inklusive  
45 Schul- und Ausbildungswege konsequent fördern und ausreichend Mittel für  
46 **multiprofessionelle Teams in Schulen** bereitstellen. Auch in der Arbeitswelt muss  
47 das Land **Anreize für Betriebe** schaffen, um Menschen mit Behinderung  
48 einzustellen, und **inklusive Ausbildungsmodelle** sowie **Werkstätten für Menschen**  
49 **mit Behinderung stärker mit dem ersten Arbeitsmarkt verknüpfen**. Nur so wird  
50 Teilhabe wirklich möglich. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft braucht  
51 mutige soziale Politik!

## **A9 8. Queerfeminismus umsetzen – Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen**

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

### **Antragstext**

1 Gerechtigkeit ist ein zentrales Anliegen unserer Generation – unabhängig von  
2 Geschlecht, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität. Wer Gleichstellung  
3 ernst meint, muss auch handeln! Die **Gleichstellungsstrategie des Landes** Baden-  
4 Württemberg darf keine leere Hülle sein, sondern muss mit verbindlichen  
5 Maßnahmen unterlegt werden, die die Existenzsicherung und den Schutz von Frauen,  
6 intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans- und agender Personen auf allen  
7 Ebenen garantieren. Ebenfalls soll wie in Berlin der **8. März als Feministischer**  
8 **Kampftag ein Feiertag** werden.

9 Das Land Baden-Württemberg muss sich klar zur **Umsetzung der ILO-Konvention Nr.**  
10 **190** zum Schutz vor Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz bekennen und hier auf  
11 Bundesebene mit gutem Beispiel vorangehen. Das Land muss sich auch in  
12 **Einrichtungen von Religionsgemeinschaften für grundlegende Arbeitsrechte**  
13 einsetzen: Das Streikrecht und der Schutz vor Diskriminierung – etwa aufgrund  
14 von sexueller Orientierung – dürfen nicht länger durch kirchliches Arbeitsrecht  
15 eingeschränkt werden.

16 **Beratungs- und Betreuungsangebote zu sexualisierter Gewalt, Hate Speech und**  
17 **Schwangerschaftsabbrüchen** müssen flächendeckend ausgebaut und konsequent an die  
18 Anforderungen des digitalen Raums angepasst werden. **Antidiskriminierungsstellen**  
19 müssen verpflichtend auch für trans-, inter- und nicht-binäre Themen zuständig  
20 sein und entsprechend personell und fachlich ausgestattet werden. Für trans  
21 Personen braucht es leicht zugängliche, barrierefreie Informationen zu  
22 medizinischer Versorgung – insbesondere zu **Hormonbehandlungen** – sowie einen  
23 bedarfsgerechten Ausbau entsprechender ärztlicher Angebote im ganzen Land. Das  
24 Land soll sich außerdem für **geschlechtssensible medizinische Versorgung** und  
25 **verpflichtende Fortbildungen für medizinisches Fachpersonal** einsetzen, um  
26 Diskriminierung im Gesundheitswesen abzubauen.

27 Pflegekräfte, Rettungsdienste, Polizei und Feuerwehr müssen **verpflichtend im**  
28 **Erkennen und Umgang mit häuslicher sowie sexualisierter Gewalt** geschult werden.

29 Die geschlechtsspezifische Schmerzbehandlung – der sogenannte **Gender Pain Gap** –  
30 muss in Ausbildung und Praxis systematisch berücksichtigt werden, um  
31 strukturelle Benachteiligung in der Gesundheitsversorgung zu beenden.  
32 Gleichzeitig braucht es verstärkte Angebote der **mobilen Jugendarbeit** im ganzen  
33 Land, die insbesondere jungen Frauen und queeren Jugendlichen verlässliche  
34 Ansprechpartner\*innen, gestaltbare Räume und kurzfristig verfügbare Not- und  
35 Wohnangebote bereitstellt.

36 Gleichstellung muss sichtbar und praktisch erlebbar sein – durch flächendeckende  
37 **Kinderbetreuung auch in männerdominierten Bereichen** wie der Feuerwehr, durch  
38 sichtbare weibliche und **queere Vorbilder auf Informationsmaterialien** des Landes  
39 sowie durch die Förderung und den Ausbau von **Sport- und Freizeitangeboten für**  
40 **trans, inter und nicht-binäre Menschen**. Öffentliche Einrichtungen im Land sollen  
41 **verpflichtend mit kostenlosen Periodenprodukten** ausgestattet werden.  
42 **Verhütungsmittel** sollen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

43 Sicherheit im öffentlichen Raum darf nicht länger an der Lebensrealität von  
44 queeren Menschen vorbei geplant werden. Kommunen und Landkreise sollen  
45 landesweit ein **Raster zur Erhebung des subjektiven Sicherheitsempfindens**  
46 erhalten, um gezielt Maßnahmen wie **bessere Beleuchtung, sichere Aufenthaltsorte**  
47 **und gleichberechtigte Mobilität** umzusetzen. Gleichzeitig sind **queerfeindliche**  
48 **Übergriffe** ernst zu nehmen – es braucht **landesseitige Präventionsarbeit** und den  
49 **Ausbau von Schutzräumen**. Der **Gewaltschutz** ist dabei immer stark auf Frauen  
50 fokussiert, während andere Gruppen, darunter Kinder, queere Menschen und  
51 Menschen mit Behinderung, oft nicht ausreichend berücksichtigt werden. Frauen-  
52 und Kinderschutzhäuser müssen barrierefrei gestaltet und für alle  
53 Schutzbedürftigen geöffnet werden. Es braucht außerdem spezifische  
54 Beratungsstellen für Männer, die von Gewalt betroffen sind. **Spezialisierte**  
55 **Angebote für geflüchtete und migrantisierte Personen** sind notwendig, z. B.  
56 mehrsprachige Beratungen.

57 Die langfristige **Finanzierung von Schutzhäusern** muss sichergestellt werden.  
58 Gewalt gegen Frauen muss als **zentrales Sicherheitsproblem** anerkannt werden.  
59 Baden-Württemberg sollte zudem das bewährte Wiener Modell für Gewaltschutz  
60 übernehmen, bei dem Frauenhäuser, Polizei und Täterarbeit eng zusammenarbeiten.

61 Darüber hinaus fordern wir die Entwicklung queersensibler Lehrmaterialien sowie  
62 verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zu queeren Lebensrealitäten. Ein  
63 **landesweites Förderprogramm für queere Zentren** muss Begegnungsräume in Stadt und  
64 Land schaffen und absichern.

65 Queerfeminismus darf kein Nebenschauplatz sein – er gehört ins Zentrum einer  
66 gerechten Politik. Gleichberechtigung muss in allen Lebensbereichen konkret  
67 gelebt, finanziert und politisch verankert werden.

## A10 9. Krisensicherheit garantieren

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-  
Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

### Antragstext

1 Junge Menschen brauchen eine Gesellschaft, die auf Krisen aller Art vorbereitet  
2 ist! Deshalb fordern wir **verbindliche Katastrophenschutzpläne auf allen Ebenen**,  
3 die Hochwasser, Blackouts und andere Notfälle abdecken, sowie die konsequente  
4 Umsetzung und Finanzierung von **Klimaanpassungskonzepten**, um Städte und Gemeinden  
5 widerstandsfähiger gegen Extremwetterereignisse zu machen. Besonders **Kinder**,  
6 **ältere Menschen und Menschen mit Behinderung** müssen gezielt geschützt werden.

7 Der Katastrophenschutz muss finanziell abgesichert sein, damit im Ernstfall  
8 keine Lücken entstehen. Kommunen benötigen ein eigenes gesichertes **Budget für**  
9 **Notfallinfrastruktur sowie Investitionen in klimaresiliente Maßnahmen** – von  
10 **Hitzeschutzräumen über die Umsetzung von Schwammstadtkonzepten** bis hin zu einer  
11 **hitzeresistenten Stadtplanung** mit mehr Grünflächen und Frischluftschneisen.  
12 Regelmäßige **Klimarisikoanalysen** sollen helfen, frühzeitig Schutzmaßnahmen zu  
13 ergreifen.

14 Der **verpflichtende Katastrophenschutztag an Schulen** soll **flächendeckend auf alle**  
15 **Klassenstufen** ausgeweitet und mit einem einheitlichen Konzept unterlegt werden.  
16 Durchführende Organisationen wie die Feuerwehr, das THW und die DLRG, sollen  
17 speziell dafür geschult werden und für entsprechende Bildungstage an Schulen  
18 verpflichtend freigestellt, sowie mit einer entsprechenden **ausgleichenden**  
19 **Entschädigung** vergütet werden. Das Konzept soll außerdem auf weitere öffentliche  
20 Einrichtungen, wie **Ämter und Hochschulen, ausgeweitet** werden.

21 In Notfällen zählt jede Sekunde – junge Menschen müssen sich darauf verlassen  
22 können, dass Rettungsdienste und Krankenhäuser jederzeit einsatzbereit sind.  
23 Deshalb fordern wir, die **Notfallpläne für Rettungsdienste und Kliniken auf jede**  
24 **Art von Krisen anzupassen**, damit in Krisensituationen keine wertvolle Zeit  
25 verloren geht und auch bei anhaltenden Krisen Material und Personal durchgehend  
26 zur Verfügung stehen. **Krisenbotschafter\*innen** müssen als feste Ansprechpersonen  
27 geschult werden, um im Notfall für Bürger\*innen da zu sein.

28 Die **Notstromversorgung für Arztpraxen, Rettungsdienste und andere**

29 **Blaulichtorganisationen** muss ausgebaut und staatlich gesichert, die Feuerwehr,  
30 die DLRG und das Technische Hilfswerk mit moderner Technik und Ausrüstung für  
31 Extremwetterlagen und andere Krisen ausgestattet werden. Gerade  
32 **Ersatzausstattung** muss im Notfall schnell zur Verfügung gestellt werden und darf  
33 sich nicht durch ungeklärte Finanzierung verspäten. Im Notfall muss das Land  
34 hier einspringen und **finanzielle Mittel bis zur Klärung der Finanzierungsfrage**  
35 vorstrecken. Es braucht **klare Einsatzstrukturen**, damit Ehrenamtliche und  
36 Spontanhelfer\*innen in Notsituationen effizient eingesetzt werden und nicht im  
37 Chaos untergehen.

38 Gute Arbeitsbedingungen sind auch im öffentlichen Dienst entscheidend, damit im  
39 Notfall genug Personal zur Verfügung steht. Deshalb braucht es bei der Polizei  
40 und anderen verbeamteten Berufen eine **Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit**  
41 von 41 auf unter 40 Stunden sowie eine **angemessene Erhöhung der**  
42 **Erschwerniszulage (LOD)** auf 5 € statt der bisherigen 1,28 €. Gerade in  
43 belastenden Schichtsystemen müssen faire Löhne und Arbeitszeiten gewährleistet  
44 sein.

45 Um die medizinische Versorgung auch in Krisensituationen zu sichern, braucht es  
46 außerdem **finanzielle Mittel für den Ausbau von Notfallkapazitäten sowie ein**  
47 **digitales Verzeichnis für Pflegekräfte**, um im Krisenfall schnell Personal  
48 mobilisieren und organisieren zu können. **Kleinere**  
49 **Katastrophenschutzorganisationen wie die DLRG müssen finanziell** durch das Land  
50 mehr unterstützt werden, um neben der Feuerwehr flächendeckend Bildungsangebote  
51 zur Krisenprävention durchführen zu können. Zudem muss die **Freistellung der**  
52 **Ehrenamtlichen** nicht nur im Katastrophenfall verpflichtend werden, sondern auch,  
53 wenn diese wichtige Präventions- oder Bildungsaufgaben übernehmen.

54 Zusätzlich fordern wir eine **schnelle Digitalisierung der Verwaltung**, um in  
55 Krisen wie einer Pandemie handlungsfähig zu bleiben. Terminvergaben und Anträge  
56 müssen digital und unkompliziert möglich sein – ohne bürokratische Hürden. Wer  
57 in einer Krise Hilfe braucht, darf nicht in endlosen Wartezeiten oder Formularen  
58 steckenbleiben. Krisenvorsorge darf nicht länger vernachlässigt werden – jetzt  
59 braucht es konsequentes Handeln!

## A11 10. Ehrenamt stärken

Antragsteller\*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-  
Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

### Antragstext

1 Das Ehrenamt ist das Grundgerüst unserer Gesellschaft – gerade junge Menschen  
2 sind die Zukunft dieses Engagements! Deshalb fordern wir **mehr kostenlose**  
3 **Bildungsangebote und finanzielle Unterstützung für ehrenamtliche Helfer\*innen,**  
4 damit sie optimal auf jede Situation vorbereitet sind und sich genug Menschen  
5 für ein Ehrenamt entscheiden.

6 Junge Menschen sollen für ihr Engagement **spürbare Vorteile** erhalten: So soll das  
7 Ehrenamt bei Bewerbungen in öffentlichen Einrichtungen und Universitäten in die  
8 Einstellungskriterien aufgenommen werden. Die **Jugendleitercard soll als ÖPNV-**  
9 **Ticket** in ganz Baden-Württemberg anerkannt und mit attraktiven Freizeitangeboten  
10 ergänzt werden. **Die Ehrenamtskarte** soll in der Beantragung einfacher und ihre  
11 Vorteile attraktiver gestaltet werden. Zudem müssen **Programme wie verpflichtende**  
12 **Vereinstage in Schulen, Hochschulen und Jugendzentren** das Ehrenamt gezielt  
13 fördern, um jungen Menschen den Einstieg zu erleichtern und die Sichtbarkeit der  
14 Vereine zu erhöhen. Durch **öffentliche Ehrungen und Erwähnungen** soll das Ehrenamt  
15 gerade in kleineren Vereinen sichtbarer und wertgeschätzter werden.

16 Auch die **Vereinslandschaft** als Rückgrat des sozialen Zusammenhalts muss  
17 ausgebaut werden und speziell für die Jugendverbandsarbeit müssen kommunal  
18 **Räumlichkeiten zur Verfügung stehen,** welche durch das Land mitfinanziert werden.  
19 Ebenfalls durch eine Stärkung und den personellen Ausbau der  
20 **Jugendverbandsarbeit** in den Kommunen, kann der Zusammenhalt und das Ehrenamt bei  
21 jungen Menschen gestärkt werden. Gerade auch Sportvereine müssen gestärkt und  
22 vor allem in der öffentlichen Wahrnehmung hervorgehoben werden. So braucht es  
23 eine sichtbare **Anerkennung des Spitzensports** und der Sportvereine in Baden-  
24 Württemberg.

25 Neben dem ehrenamtlichen Engagement wollen junge Menschen nicht nur gehört,  
26 sondern ernst genommen und aktiv in politische Prozesse eingebunden werden. Aus  
27 diesem Grund braucht es ein **Jugendgremium auf Landesebene** am Vorbild eines  
28 Bürger\*innenrats, das echte Mitspracherechte erhält und junge Menschen in  
29 Entscheidungsprozesse einbindet. Dieses Gremium muss auch auf Landesebene ein

30 gesetzlich verankertes **Anhörungs- und Antragsrecht der Jugend** bei wichtigen  
31 politischen Entscheidungen und Haushaltsplanungen bekommen. Das  
32 **Beteiligungsportal Baden-Württemberg** muss um jugendgerechte Angebote erweitert  
33 werden, die leicht verständlich, interaktiv und zugänglich sind.

34 Jugendbeteiligung muss auf allen Ebenen gestärkt werden! Wir fordern eine  
35 gezielte Förderung von **Jugendvertretungen in den Landkreisen**, damit junge  
36 Menschen direkt vor Ort mitgestalten können. Entscheidungen über ihre Zukunft  
37 dürfen nicht mehr ohne uns junge Menschen getroffen werden – Jugendbeteiligung  
38 muss endlich auch im Land ernst genommen werden!